



Presseschau vom 07.02.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: **An ihm soll ein Exempel statuiert werden – Prominenter Personenkreis fordert Freilassung von Assange**

In Berlin hat eine Gruppe von über 130 prominenten Vertretern des gesellschaftlichen Lebens in Deutschland die sofortige Freilassung des in Großbritannien inhaftierten Journalisten Julian Assange gefordert. Der Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks müsse aus medizinischen und rechtsstaatlichen Gründen umgehend freigelassen werden.

<https://sptnkne.ws/BrGQ>

deutsch.rt.com: **Industriesabotage – Beschuldigung des Iran sagt viel über Urheber der Beschuldigung aus**

Eine neuartige Malware, die auf kritische Infrastruktur wie Energieversorgung abzielt und diese gar lahmlegen kann, soll aus dem Iran stammen. Während Untersuchungen von Cybersicherheitsexperten die Behauptung als haltlos entlarvten, scheint ein Blick auf die Urheber aufschlussreicher. ...

<https://de.rt.com/23dh>

de.sputniknews.com: **Generaldirektor von Wilo Rus: „Einige fürchten das Team Russland-Deutschland“**

Im Rahmen des dritten Teils des Projekts „Deutsche Firmen in Russland: Zwei Nationalitäten – ein gemeinsames Ziel“ bietet Sputnik Reportagen über deutsche Firmen, die in Russland tätig sind. Der deutsche Hersteller von Pumpen und Pumpensystemen Wilo ist seit 23 Jahren

auf dem russischen Markt vertreten. ...

<https://sptnkne.ws/BrPA>

de.sputniknews.com: **„Angriff gegen Weltordnung der Nachkriegszeit“: Russischer Senator über Polens „Propaganda“**

Die Beziehungen zwischen Warschau und Moskau sind in der letzten Zeit angespannt – wegen der unterschiedlichen Einschätzung der Ereignisse während des Zweiten Weltkriegs. Die polnischen Behörden werfen Russland vor, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs umzuschreiben. Sputnik unterhielt sich mit dem russischen Senator Alexej Puschkow. ...

<https://sptnkne.ws/BrXn>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Bei Israel-Attacke beinahe unter Beschuss geraten: Passagierflugzeug landet auf Hmeimim-Basis**

Ein einfliegender Flugzeug mit 172 Passagieren an Bord wäre beinahe unter Beschuss der syrischen Flugabwehr geraten, die eine israelische Attacke bei Damaskus abwehrte. Die Maschine konnte auf die russische Luftbasis Hmeimim umgelenkt werden. Dies erklärte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow. Demnach führten nach zwei Uhr in der Nacht am Donnerstag vier Jagdflugzeuge F-16 der israelischen Luftstreitkräfte ohne Anflug in den syrischen Luftraum plötzliche Schläge mit „Luft-Boden“-Raketen gegen die Vororte von Damaskus aus.

Bei der Abwehr der israelischen Attacke setzten die syrischen Regierungstruppen laut Konaschenkow aktiv die Flugabwehrsysteme ein.

Airbus-320

Zeitgleich war am internationalen Flughafen Damaskus ein Airbus 320 mit 172 Fluggästen an Bord im Landeanflug. Nur dank den operativen Handlungen der Flugberater des Hauptstadtflughafens und der effektiven Arbeit des automatisierten Systems der Flugbetriebslenkung konnte die Maschine aus der Wirkungszone der syrischen Luftabwehr umgelenkt werden. Sie konnte anschließend auf dem nächstliegenden Ersatzflugplatz, der Basis Hmeimim, landen.

Konaschenkow betonte, dass die Bewegung von Passagierflugzeugen in aller Welt auf bewussten Flughöhen erfolge, die die Radargeräte Israels deutlich sähen. Er fügte hinzu, dass die israelischen Radargeräte genauso deutlich das Luftlagebild beim Flughafen Damaskus beobachten könnten.

„Somit wird die Durchführung der Kampfeinsätze durch den israelischen Generalstab mit Einsatz von Zivilflugzeugen mit Passagieren für die Abschirmung oder Blockierung von Gegenhandlungen der syrischen Flugabwehrkräfte zu einem Charakterzug der israelischen Luftstreitkräfte“, so der General.

Er zeigte Bedauern, dass solche „Einsätze von israelischen Strategen“ das Leben von Hunderten unschuldigen Zivilisten aufs Spiel setzen würden.

Il-20-Tragödie

Ein russischer Seefernaufklärer des Typs Il-20 war in Syrien in der Nacht zum 18. September 2018 abgeschossen worden. Dabei waren 15 russische Militärs ums Leben gekommen. Laut Angaben des Verteidigungsministeriums Russlands hatten sich israelische Piloten absichtlich hinter dem russischen Flugzeug versteckt und es damit dem Angriff der syrischen Luftabwehr ausgeliefert, so dass die Il-20 von einem Luftabwehrsystem S-200 abgeschossen wurde. Die israelische Armee beschuldigte damals die libanesische Bewegung „Hisbollah“ des Vorfalles.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 6. Februar 2020 wurde kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Ein Jahr vor Ablauf von New-START-Vertrag: Start von ballistischer US-Rakete Minuteman III**

Im Netz ist ein [Video aufgetaucht](#), das Tests der amerikanischen ballistischen Rakete Minuteman III zeigt. Der Start fand laut dem Magazin „Newsweek“ am 5. Februar statt – also genau ein Jahr vor Ablauf des New-START-Vertrages.

Die Rakete wurde am Mittwoch vom Luftstützpunkt Vandenberg im US-Bundestaat Kalifornien abgefeuert.

„Newsweek“ betonte dabei, dass der Teststart präzise ein Jahr vor dem Ende des New-Start-Vertrages zwischen Russland und den USA stattfand, der am 5. Februar 2011 in Kraft getreten ist.

New-START-Vertrag

Der 2010 unterzeichnete und im Februar 2021 ablaufende Vertrag zur Verringerung strategischer Offensivwaffen (New-START-Vertrag; russ. SNV-III) ist derzeit das einzige noch geltende Abrüstungsabkommen zwischen Russland und den USA. Bislang hat die US-Regierung noch nicht entschieden, ob sie eine Verlängerung des Abkommens beabsichtigt.

Kündigung des INF-Vertrages

Der bilaterale Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme ist am 2. August ausgelaufen. Das Dokument war von der Sowjetunion und den USA im Jahr 1987 unterzeichnet worden. Die Seiten verpflichteten sich, sämtliche landgestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit kürzerer und mittlerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer) zu vernichten und keine neuen zu bauen.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat seinem amerikanischen Amtskollegen Donald Trump mehrmals vorgeschlagen, Verhandlungen über die Verlängerung des Vertrages ohne Vorbedingungen aufzunehmen. Die US-Seite fordert dabei die Ausweitung des Abkommens: Aus amerikanischer Sicht soll auch Peking unterzeichnen. China lehnt diese Idee ab.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32508/42/325084222.jpg>

ukrinform.de: **Unwetter in der Ukraine: Mehr als 200 Ortschaften ohne Strom**

Aufgrund der schwierigen Witterungsbedingungen (starker Wind, nasser Schnee) bleiben in der Ukraine zum Stand von Freitagmorgen 203 Ortschaften in acht Regionen ohne Strom.

Darüber berichtet der Staatsdienst für Notsituationen der Ukraine.

Laut dem Bericht bleiben demnach ohne Strom Ortschaften in den Gebieten Odessa - 100, Cherson - 40, Dnjepropetrowsk - 16, Mykolajiw - 11, Tschernowitz - 11, Saporischschja - 9, Kirowograd - 9 und Donezk – 7.

Reparaturarbeiten werden derzeit durchgeführt.

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für**

den Zeitraum vom 6. Februar 3:00 Uhr bis 7. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 4.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Sajzewo, Alexandrowka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 15.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 21.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Klaus Ernst zu Nord Stream 2: „Wir müssen uns gegen die Praktiken der USA wirksam wehren“

Auf die US-Drohungen in Bezug auf die Verhängung von neuen Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2 müssen Deutschland und Europa antworten. Dies erklärte der Vorsitzende des Wirtschafts- und Energieausschusses im Bundestag, Klaus Ernst, gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.

„Das Vorgehen der US-Amerikaner hat einen Grad erreicht, der unerträglich ist. Es ist notwendig, mit aller Konsequenz dagegen vorzugehen“, so Ernst.

„Wir sind kein US-Bundesstaat, Europa auch nicht. Wir sind ein souveränes Land, das eigenständig seine Politik bestimmt, darunter auch die Energiepolitik. Diese Souveränität stellen die USA in Frage“, betonte der Politiker.

Auf die jüngsten Drohungen sowie die bereits verhängten Sanktionen „müssen wir umgehend angemessen reagieren“. Als eine mögliche Gegenmaßnahme schlug er Strafzölle gegen amerikanisches Gas vor, das nach Europa geliefert wird. „Dafür muss sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene einsetzen“, erläuterte Ernst.

„Das muss ein Ende haben“

Ferner sagte er: „Es kann nicht sein, dass wir immer nur wirkungslose Gespräche führen, während die US-Amerikaner mit uns machen, was sie wollen. Das muss ein Ende haben.“ Ernst sagte, dass er nach wie vor ein Interesse der Bundesregierung sehe, Nord Stream 2 zu unterstützen. Dabei sei anzumerken, dass hier auch „Resignation und Hilflosigkeit herrschen“. Die USA sind laut dem Politiker ein großer Markt, die wirtschaftlichen Verflechtungen seien sehr stark. Dabei verwies Ernst darauf, dass viele die USA als einen Partner, weniger als einen Konkurrenten sehen würden, der rücksichtslos eigene Interessen durchsetze.

Souveränität verteidigen

„Dagegen sage ich: Europa ist wirtschaftlich ebenfalls stark. Wenn wir nicht von den USA dominiert werden wollen, müssen wir uns gegen die Praktiken der USA wirksam wehren.“ Er fügte hinzu, dass US-Unternehmen bei einem engagierten Auftreten Europas gegen die US-Sanktionen deutliche Nachteile hätten. Niemand wolle das letztlich. Aber es ist ihm zufolge notwendig geworden, „dass wir unsere Souveränität mit aller Kraft verteidigen“.

Energieversorgung der Ukraine?

Ernst erinnerte unter anderem daran, dass das US-Vorgehen gegen Nord Stream 2 nicht zuletzt

mit der Frage der Energieversorgung der Ukraine argumentiert wird. Dazu erklärte er: „Um die Ukraine geht es den USA nicht, sondern eindeutig nur um eigene wirtschaftliche Interessen.“

Moskau und Kiew hätten sich bezüglich des Gastransits geeinigt, aber die entspannende Wirkung sei ausgeblieben. Washington will laut Ernst sein Gas nach Europa liefern, und aus diesem Grund „versuchen sie die für Deutschland und Russland erfolgreichen Handelsbeziehungen mit Russland zu zerstören“.

Weitere Sanktionen gegen Nord Stream 2

Zuvor hatte die deutsche Zeitung „Handelsblatt“ unter Berufung auf diplomatische Kreise in Washington berichtet, dass die USA weitere Sanktionen gegen Nord Stream 2 parat hätten. Der amerikanische Präsident Donald Trump hatte zuvor den Verteidigungshaushalt 2020 unterzeichnet und damit auch die darin enthaltenen Sanktionen gegen Nord Stream 2 und Turkish Stream in Kraft gesetzt. Sie richten sich gegen Firmen, die am Verlegen der Pipelines beteiligt sind, sowie deren Eigner.

Später hatte Russlands Staatschef Wladimir Putin auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel erklärt, Russland könne die Gaspipeline selbständig, ohne Heranziehung ausländischer Partner, fertigstellen. ...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32328/81/323288150.jpg>

nachmittags:

dnronline.ru: Um Unterkühlung und Tod von Menschen unter Bedingungen niedriger Lufttemperaturen zu verhindern, hat die Verwaltung von Donezk stationäre Wärmepunkte eingerichtet, teilt die Stadtverwaltung mit. Sie nehmen bei Temperaturen unter -10 Grad ihren Betrieb auf.

Es folgen die Adressen von 29 Wärmepunkten mit insgesamt 710 Plätzen, davon sind zwei mit insgesamt 70 Plätzen rund um die Uhr geöffnet.

de.sputniknews.com: Palladium und Rhodium aus Russland: Ohne läuft nix bei Mercedes und VW

Das Industrieland Deutschland ist als Rohstoff-Importeur auf Bodenschätze aus Russland strategisch angewiesen. Ohne russisches Palladium fährt in der Autoindustrie nichts.

„Russland ist zentraler Handelspartner bei den Ressourcen“, so Rohstoff-Experte Martin Siegel im Sputnik-Interview. Das Preishoch bei Rhodium dürfte Russland viel Geld bringen. Palladium ist ein Platinmetall bzw. Übergangsmetall, das für die deutsche Autoindustrie von strategischer und zentraler Bedeutung ist. Es wird für die Produktion von Katalysatoren in

Benzinmotoren verwendet. In Abgasreinigern und Katalysatoren reinigt Palladium Abgase und zersetzt diese in Kohlendioxid und Wasserdampf. „Aufgrund immer strengerer Abgasregeln stecken die Autohersteller derzeit immer mehr Palladium in ihre Wagen“, meldeten deutsche Zeitungen Ende Januar.

Palladium: Russland weltweit einer der größten Produzenten

Die weltweit größten Palladium-Vorkommen befinden sich in Südafrika und Russland. Unter der Erde kommt es häufig als gediegener Begleiter von Gold und Platinmetallen vor. 85 Prozent der gesamten Palladium-Nachfrage Deutschlands kommt allein aus der Autoindustrie. Aktuell ist Palladium an den Rohstoffmärkten fast 1000 Dollar teurer als Gold, je Unze gesehen. „Kein Rohstoff hat sich zuletzt so stark verteuert wie Palladium“, schrieb das „Handelsblatt“ Ende Januar.

Rhodium aus Russland, Afrika und Kanada

Ein weiteres wirtschaftlich wichtiges Platinmetall für die deutsche Automobil-Wirtschaft ist Rhodium. Das silberweiße, harte und chemisch gesprochen „unreaktive“ Übergangsmetall findet sich in Katalysatoren, wo es zur Reduzierung von Stickoxiden eingesetzt wird. Rhodium wird laut Bergbau-Experten nur in geringen Mengen gewonnen. Südafrika ist auch bei diesem Metall in der Welt-Produktion führend. Das weltweit zweitgrößte Produktionsland ist Russland, gefolgt von Kanada und Simbabwe.

Rhodium befindet sich seit Monaten – ähnlich wie Palladium – auf einem schwindelerregenden Preishoch. Momentan kostet Rhodium je Feinunze etwa 10.900 US-Dollar. Noch im Mai 2018 war eine Unze Rhodium „nur“ 2175 Dollar wert gewesen.

Explosives Preishoch bei Rhodium

Im Sputnik-Interview erklärte Rohstoff-Experte Martin Siegel von „Stabilitas Fonds“ den Hintergrund:

„Rhodium befindet sich aktuell mit einem Preis von über 10.000 Dollar in einer extremen Marktenge, genau wie auch Palladium. Vor ein paar Jahren lag der Rhodium-Preis noch bei um die 1000 Dollar. Hier wurde der Preis verzehnfacht.“ Die gleiche Analyse gilt laut ihm aktuell auch für weitere Weißmetalle wie Iridium oder Ruthenium, die ebenfalls von Bedeutung für die Wirtschaft sind.

Für Deutschlands Industrie: Rohstoffe aus Russland

Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion im Bundestag aus Sommer 2018 geht hervor, dass Deutschland den Großteil seines Palladiums aus Russland bezieht, das sind über 25 Prozent. Laut der Studie baut Russland über 37 Prozent des gesamten Palladiums in der Welt ab. Über 15 Prozent des Weltbestands an Rhodium kommt demnach ebenso aus der Russischen Föderation. Allerdings importiert Deutschland russisches Rhodium nur in sehr geringen Mengen. Den Hauptanteil der Rhodium-Lieferungen an deutsche Unternehmen sichert dagegen Südafrika. Das Land verfügt über 75 Prozent des gesamten Weltbestands an dem Metall und ist damit Rhodium-Exporteur Nummer Eins für Deutschland.

„Sicherlich spielt Russland nach Südafrika für die deutsche Industrie eine ganz entscheidende Rolle“, sagte Markt-Analytiker Siegel im Interview. „Russland (als Palladium-Exporteur, Anm. d. Red.) hat natürlich eine wichtige Funktion in der Versorgung der deutschen Nachfrage nach diesem Metall. Wenn Lieferprobleme in Südafrika auftreten, dann muss Deutschland schauen, dass seine Beziehungen nach Russland in Ordnung sind, damit das Land von dort auch Metalle beziehen kann. Wenn Richtung Russland die Türen zuschlagen werden, dann bleiben nur noch die USA, die allerdings nur eine relativ kleine Produktion haben, die kaum für den Eigenbedarf ausreicht. Oder Simbabwe.“

„Sicherung von Rohstoffen ist Aufgabe der Unternehmen“ – Bundesregierung

In der Antwort der deutschen Regierung auf die FDP-Anfrage ist ebenfalls zu lesen: „Die Bundesregierung ist sich mit den Unternehmen einig, dass die Rohstoffsicherung grundsätzlich die Aufgabe der Unternehmen bleibt. In der Rohstoffstrategie der

Bundesregierung legt die Bundesregierung dar, wie sie die Bemühungen der Unternehmen bei der Rohstoffsicherung effizient am Leitgedanken der nachhaltigen Entwicklung orientierend flankieren will.“

Erst Mitte Januar hatte die Bundesregierung ihre neue Rohstoff-Strategie öffentlich vorgelegt. Sputnik hat darüber berichtet.

Doch die neue Strategie sei möglicherweise in dieser Form für Deutschland gar nicht notwendig, kommentierte Rohstoff-Experte Siegel in einem früheren Interview: „Bisher hat die deutsche Industrie noch nie darunter gelitten, an Rohstoffe nicht herangekommen zu sein. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass die deutsche Industrie mit der Nachfrage, die sie über viele Jahre hat und den Preisen, die sie international bezahlen kann, stark genug ist, zu ihren Metallen zu kommen.“

Spült Preishoch bei Bodenschätzen mehr Geld in russische Kassen?

Der Wirtschafts-Experte aus NRW erwähnte, dass der in Russland beheimatete größte Palladium-Produzent der Welt, „Nornickel“ (früherer Name bis 2016: „Norilsk Nickel“), angekündigt hat, „ab nächstes Jahr die Palladium-Produktion erhöhen zu wollen. Wenn das gelingt, wird das einen dämpfenden Einfluss auf den Palladium-Preis haben.“ Damit stellte der Goldmarkt- und Finanz-Fachmann klar, welche Marktmacht Russland hat. Russlands größtes Palladium-Unternehmen könne durch Fördermengen eben auch Einfluss auf die Weltpreise bei jenem Platinmetall nehmen, das in der deutschen Autoindustrie so begehrt ist. Allerdings müssen Deutschlands Autobauer aktuell auch mehr bezahlen, um die strategisch wichtigen Bodenschätze einzukaufen.

Sputnik wollte daraufhin wissen, ob das aktuelle Preishoch bei Palladium (circa 2400 Dollar je Unze) und bei Rhodium (fast 11.000 Dollar) dem russischen Staat oder russischen Firmen mehr Einnahmen bringen könnte. „Definitiv geht es dem mit Abstand größten russischen Palladium-Produzenten ‚Nornickel‘ sehr gut“, so die Antwort von Rohstoff-Analytiker Siegel. „Er wird seine Mehreinnahmen als Gewinne verbuchen können. Der russische Staat wird sicherlich seinen Steueranteil daraus auch erhalten. Mit dem Geld wird die Produktion aufrechterhalten oder ab dem nächsten Jahr sogar gesteigert. Das Unternehmen wird das sicherlich so vorsichtig machen, dass es sich den Preis des eigenen Produktes nicht zerstört, sondern den Palladium-Markt weiter eng halten und trotzdem mit einem höheren Volumen dann noch mehr Einnahmen generieren. Ich würde sagen, es muss sich derzeit bei ‚Nornickel‘ um ein sehr profitables Unternehmen handeln.“

Sein operatives Geschäft betreibt der weltweit führende Nickel- und Palladiumförderer „Nornickel“ im nördlichen Russland. In der russischen Region Norilsk-Talnach ist das Unternehmen der größte Arbeitgeber.

Palladium: Probleme in Südafrika – Vorteile für Russland

„Wir haben aktuell beim Palladium Versorgungsprobleme, weil in Südafrika (auch wegen Stromkrisen wie im Dezember, Anm. d. Red.) immer wieder die Produktion ausfällt“, sagte Siegel bereits in einem anderen Sputnik-Interview.

Der südafrikanische Lieferausfall bedeutet in der konkurrierenden Weltwirtschaft jedoch auch: Wenn Südafrika nicht liefern kann, steht Russland direkt dahinter als weltgrößter Palladium-Exporteur – und profitiert davon.

Allerdings würden Sanktionen und Handelskonflikte Russland als wichtigen Welt-Exporteur dieser Ressourcen belasten, betonte der Rohstoff-Experte. Afrikanische Exporteure wie Südafrika und Simbabwe seien aufgrund politischer und sozialer Spannungen sowie Krisen in der Energie- und Stromversorgung ebenso „nicht unproblematisch“. Ausfälle von Rohstoff-Lieferungen nach Deutschland könnten die Folge sein. Die Leidtragenden wären dann Deutschlands Autohersteller wie Volkswagen (VW), BMW, Daimler, Mercedes-Benz, Porsche oder Opel, um nur einige zu nennen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32318/38/323183864.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 1. bis 7. Februar 2020**

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die ukrainischen Kämpfer **in den letzten 24 Stunden viermal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 59. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kaschtschenko **Sajzewo Jushnoje** und **Dolomitnoje** mit Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Martschenkos aus der 28. Brigade der BFU zweimal das Gebiet von **Alexandrowka** mit Antipanzerhandgranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

In der letzten Woche haben die BFU 58-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt, darunter auch mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen. Auf 18 Ortschaften der Republik hat der Gegner 68 Mörsergeschosse und 180 Granaten verschiedener Art abgefeuert, 80 Schüsse mit Schützenpanzerwaffen abgegeben und aktiv Schusswaffen eingesetzt.

Durch Beschuss von Seiten der BFU wurden neun Wohnhäuser in Staromichajlowka sowie in den Siedlungen des Gagarin-Bergwerks und des Bergwerks 6/7 in Gorlowka beschädigt.

Die ukrainischen bewaffneten Formationen behindern weiter aktiv die Arbeit der OSZE-Beobachter. In der letzten Woche haben wir den Einsatz von Stationen der elektronischen Kriegführung R-934B und Bukowel-AD aus dem Bestand des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegführung der BFU zur **Unterdrückung von Leitungskanälen von Drohnen** der Mission den Gebieten von Bogdanowka, Stepanowka, Konstantinowka und Pleschtschejewka festgestellt.

Neben Mitteln der elektronischen Kriegführung haben unsere Beobachter in der letzten Woche **zwei Fälle von Beschuss einer OSZE-Drohne** mit Schusswaffen von den Positionen des 3. Bataillons der 92. Brigade im Gebiet von Jurjewka und Kämpfern des 21. Bataillons der 56. Brigade im Gebiet von Peski festgestellt.

Alle genannten Verstöße wurden auch von OSZE-Beobachtern festgestellt.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste unter den ukrainischen Kämpfern.**

Trotz der in der letzten Woche erfolgten Arbeit von Funktionsträgern des militärischen Rechtsordnungsdienstes, Kommissionen des Stabs der operativ-taktischen Gruppierungen

„Ost“ und „Nord“ zur Verhinderung von nicht kampfbedingten Verlusten in den Verbänden und Truppenteilen in der OOS Zone ist es nicht gelungen, die Situation zu verändern. Hauptursachen der nicht kampfbedingten Verluste des Gegners sind nach wie vor: unvorsichtiger Umgang mit Waffen und Munition, Geraten auf eigene Minen, Nichteinhaltung von Sicherheitsregeln und nicht ordnungsgemäße gegenseitige Beziehungen. Trotz der rechtfertigenden Erklärungen des Kommandos der BFU bezüglich der Veröffentlichung der Verluste in der OOS-Zone gibt es weiter eine **systematische Verheimlichung von nicht kampfbedingten Verlusten** auf der Ebene der Bataillons- und Brigadekommandeure.

So betrogen nach offiziellen Daten des Stab der Besatzungskräfte die Verluste der BFU im Zeitraum vom 1. bis 7. Februar einen Toten und sieben Verletzte. Nach uns vorliegenden Daten betrogen in dem genannten Zeitraum die nicht kampfbedingten Verluste der BFU: sechs Tote, davon zwei infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe in der 56. und 58. Brigade, durch Geraten auf eigene Minensperren drei Kämpfer aus der 18. und 10. Brigade, ein Kämpfer aus der 128. Brigade beging Selbstmord. 12 wurden verletzt, davon infolge unvorsichtigen Umgang mit der Waffe sechs Kämpfer der 56., 58. und 28. Brigade, infolge des Geratens auf eigene Minensperren drei Kämpfer aus der 28. und 10. Brigade, zwei Kämpfer aus der 10. und 56. Brigade wurden Opfer nicht ordnungsgemäßer gegenseitiger Beziehungen, ein Kämpfer fügte sich selbst Verletzungen zu.

Wir erhalten weiter Informationen über eine **Verschlechterung der epidemiologischen Lage in den Einheiten in der OOS-Zone.**

In einem Bericht des Leiters des medizinischen Dienstes des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ sind in in einer Woche im Verantwortungsbereich 35 Fälle von von Kämpfern mit Infektions- und Viruserkrankungen gemeldet worden. Im Einzelnen: Vier Kämpfer der 128. Brigade und zwei aus der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte sind mit Lungenentzündung im Krankenhaus, 12 Soldaten aus der 128. Brigade und sechs aus der 28. Brigade wurden mit Darminfektionen in medizinische Einrichtungen eingeliefert, sechs Besatzer der 56. Brigade wurden mit Krätze unter Quarantäne gestellt, bei fünf Kämpfern der 92. Brigade wurde Mumps festgestellt. In dem Bericht wird auch angegeben, dass zwei Kämpfer der 128. Brigade, die sich zur Behandlung wegen Lungenentzündung im Militärhospital in Wolnowacha befanden, starben.

In seinem Bericht schlägt der Leiter des medizinischen Dienstes der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ vor, Notfallmaßnahmen zur Organisation einer außerplanmäßigen medizinischen Untersuchung der nebenberuflichen Köche der unterstellten Verbände und Truppenteile vorzunehmen, um das erforderliche Niveau von epidemiologischer Sicherheit und zu erreichen und die Verbreitung von Infektionskrankheiten, darunter auch des Coronavirus (1029-nCoV) bei der Organisation der Ernährung des Personals zu verhindern. Nach Informationen unserer Aufklärung hat die Militärmedizinische Hauptabteilung der BFU in der letzten Woche „Methodische Anweisungen zur Verhinderung von Erkrankungen und der Verbreitung des Coronavirus“ an die unterstellten Einheiten in der Zone der Besatzungskräfte geschickt.

In der letzten Woche wurde im Stab der Besatzungskräfte die Bilanz der Tätigkeit der Gruppierung im Januar gezogen, wozu Funktionsträger des Stabs der OOS, die Kommandeure der operativ-taktischen Gruppierungen „Nord“ und „Ost“, Kommandeure von Verbänden und Truppenteilen sowie Vertreter der Militärstaatsanwaltschaft, des SBU und der militärisch-zivilen Verwaltung der Oblaste Donezk und Lugansk herangezogen wurden. Bei der Bilanzierung sprach der Kommandeur der OOS Krawtschenko disziplinarische Verweise gegenüber eine Reihe von Funktionsträgern aus. Im Einzelnen wegen systematischer Verheimlichung von Verlusten, Betrug und Irreführung bezüglich der Lage der Dinge. In dem Zusammenhang wurde den Kommandeuren der 128. und der 10. Brigade Gontscharuk und Subanitsch ein „strenger Verweis“ erteilt. Wegen des Fehlens von Kontrolle

über das Personal, was zur Zunahme der Zahl der Fälle von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils und einem Absinken der Gefechtsfähigkeit in dem Verband geführt hat, wurde dem Kommandeur der 56. Brigade Iwanow ein „strenger Verweis“ erteilt. Krawtschenko befahl, ein Strafverfahren gegen den Kommandeur der 92. Brigade Kokorew wegen Veruntreuung und Diebstahl von militärischem Eigentum in besonders großem Ausmaß einzuleiten.

Es muss angemerkt werden, dass entgegen dem gesunden Verstand der Kommandeur der 58. Brigade, der Kriegsverbrecher Kaschtschenko, im Unterschied zu seinen Kollegen auf der positiven Seite erwähnt und den anderen Kommandeuren als Vorbild dargestellt wurde. Nach Angaben einer Quelle im Stab der OOS hängt dies mit der kommerziellen Aktivität Kaschtschenkos zusammen, die er in der Zone der Besatzungskräfte betreibt, und bei der er den Gewinn mit einer Reihe hochrangiger militärischer Beamter des Stabs der OOS teilt. In Zusammenfassung der Ergebnisse der vierstündigen Sitzung gab Krawtschenko eine nicht zufriedenstellende Bewertung der Aktivität der Gruppierung ab. Unter den ernstesten Problemen nannte er Korruption und Diebstahl von militärischem Eigentum, Desertion und Selbstverletzungen sowie die Zunahme der Zahl der nicht kampfbedingten Verluste, deren Verheimlichung und die Nichteinmischung von Seiten der Kommandeure.

Wir erhalten weitere Informationen über die **Beteiligung von hochrangigen ukrainischen Kämpfern an Verbrechen in der Zone der Besatzungskräfte.**

Unter dem Vorwand der Leistung humanitärer Hilfe an zivile Einwohner bereichern sich die Kriegsverbrecher weiter durch Diebstahl militärischen Materials am Krieg.

Nach Informationen unserer Quelle im Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ hat in der letzten Woche eine Gruppe zur militärisch-zivilen Zusammenarbeit des Stabs der OOS unter Leitung des Kriegsverbrechers und Oberst mit Namen Jaworskij acht Tonnen humanitäre Ladung, die Waren des dringenden Bedarfs und Lebensmittelpakete enthielt, die für sozial nicht geschützte Schichten der Bevölkerung vorgesehen waren, gestohlen und in ein von ihm gepachtetes Lager gebracht. Die Rolle und der Platz anderer Beteiligter dieser Gruppe der organisierten Kriminalität, die ihre Taschen auf Kosten der Gelder der Steuerzahler, die für die Hilfeleistung an bedürftige Bürger vorgesehen sind, darf nicht außer acht gelassen werden. Unter ihnen sind Oberstleutnant Frolow, Major Demjanow, Major Mitusow und Major Sarz, dank derer in den Medien plakative Bilder und Reportagen über die Übergabe der humanitären Hilfe erschienen sind, hinter denen sich Diebstahl und Enttäuschung von Einwohnern auf dem von den bewaffneten Formationen der Ukraine besetzten Territorien verbergen.

Das Kommando der Besatzungskräfte bleibt bei Diebstahl von militärischem Eigentum nicht stehen und eignet sich in der Zone der Besatzungskräfte um einiges einträglichere Felder an, wie Fällen und Verkauf von Holz, was unter der persönlichen Kontrolle des Kommandeurs der Besatzungskräfte Krawtschenko erfolgt. Einer dieser Orte ist ein Territorium im Gebiet von Slawjansk, wo Kämpfer der bewaffneten Formationen der 58. Brigade Holz fällen, angeblich um Befestigungsanlagen zu bauen. Dabei ist zuverlässig bekannt, dass die Holzfuhrten in die Tiefe des Landes gehen.

In dieses geschäftliche Projekt versuchten sich örtliche Geschäftsleute einzubinden, aber das ist ihnen nicht gelungen. Dennoch haben sie die Versuche das Geschäft aufzuteilen nicht aufgegeben und die örtlichen Behörden und die Polizei hinzugezogen. Aber die bewaffneten Kämpfer haben sie nicht einmal in die Nähe des Gebiets gelassen, und der Konflikt endete fast mit dem Einsatz von Waffen. Trotz der zahlreichen Anzeigen örtlicher Einwohner an verschiedene Instanzen ist es nicht gelungen, die Holzfällung zu verhindern. In der Zeit der ukrainischen Aggression konnten hochrangige Verbrecher in den Reihen der bewaffneten Formationen sich einen „festen Schutz einrichten“, den selbst örtliche Beamte nicht „zerschlagen können“.

Ukrainische Spezialdienste schaffen unter unmittelbarer Leitung westlicher Kuratoren

in verschiedenen Oblastzentren des Landes Umschlag- und Ausbildungsbasen für Terroristen, die als religiöse Schulen firmieren.

Eine solche Schule mit der Bezeichnung „Chadshibej“ ist in Odessa in der Liverpool-Straße 2 in Betrieb. In dieser „Bildungseinrichtung“ lernen ukrainische Nazisten und ihre Kollegen aus einer Reihe von Ländern des Nahen Ostens „richtigen Terrorismus“ nach US-Standards bei Lehrern aus der extremistischen Organisation „Hizb ut Tahrir al Islami“. Dabei ist bemerkenswert, dass die Bewachung dieses Objekts durch Mitarbeiter der privaten Wachfirma „Ochrana Serwis“ erfolgt, die noch vor kurzem Mitarbeiter des SBU und der Hauptabteilung Aufklärung waren.

Die besten „Schüler“ werden zu Praktika in verschiedene Länder der Welt geschickt. So wurden nach ihrer Teilnahme an einer gegen die Regierung gerichteten Kundgebung in Hongkong und ihrer Rückkehr nach Hause nach Mariupol einige „Asower“ in Quarantäne in einer der Filialen der Schule „Chadshibej“ unterbracht. Die Informationen bezüglich der Diagnose werden geheim gehalten, um soziale Spannungen im Land zu verhindern. Unsere Quellen bemerken Arbeit von Vertretern der Abteilung für globale Immunisierung des „Zentrums zur Kontrolle und Prophylaxe von Erkrankungen“ aus Atlanta, Staat Georgia, das eine führende Einheit des militärbiologischen Komplexes der USA mit höchster biologischer Sicherheitsstufe ist, um Forschungen und Entwicklungen besonders gefährlicher Krankheitserreger durchzuführen.

In der letzten Woche haben Soldaten der Volksmiliz gemeinsam mit der internationalen Freiwilligengruppe „Moskau-Donbass“ dem Kindergarten „Barwinok“ in Kutejnikowo Unterstützung geleistet. Es wurden Haushaltszubehör, Organisationstechnik, Möbel und Spielzeug übergeben.

Die Volksmiliz plant auch im Weiteren, nach Kräften sozialen Objekten und bedürftigen Einwohnern Hilfe zu leisten.

de.sputniknews.com: **Nord Stream 2: Neue US-Sanktionen „extrem gefährlich“ für europäische Partner von Gazprom**

Von Natalia Pawlowa

Die Vereinigten Staaten können neue Sanktionen gegen Nord Stream 2 verhängen, wenn Russland versucht, die Pipeline fertig zu bauen. Dieses Mal können Sanktionen für europäische Investoren, die an dem Projekt teilnehmen, oder für Unternehmen, die Gas abnehmen, gelten. Deutsche Unternehmen sind besorgt.

Weitere US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 seien noch im Februar oder März möglich. „Sollte Russland versuchen, die noch fehlenden Kilometer der Pipeline in der Ostsee fertigzustellen, seien Repräsentantenhaus und Senat bereit, ein weiteres Sanktionsgesetz nachzulegen, heißt es in diplomatischen Kreisen in Washington“, berichtete das „Handelsblatt“ unter Berufung auf eigene Quellen.

Deutsche Unternehmen zeigten sich schon lange über mögliche neue US-Maßnahmen gegen das Projekt besorgt.

Altbundeskanzler Gerhard Schröder forderte mehr Kooperation mit Russland im Energiebereich. Auf dem Forum „Russische Energiewoche“ sprach er sich dafür aus, möglichst schnell die Sanktionen aufzuheben.

Die Nichtpolitisierung des russisch-europäischen rein wirtschaftlichen Projekts hat die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) gefordert. 93 Prozent der deutschen Wirtschaft sprechen sich laut einer jüngsten AHK-Umfrage für dieses Projekt aus, betonte Rainer Seele, CEO der OMV AG, auf einer Pressekonferenz in Moskau.

„Wir fordern, dass dieses Projekt Nord Stream 2 nicht unnötig politisiert wird, denn es wird und bleibt ein wirtschaftliches Projekt. Deutschland braucht die zusätzlichen Kapazitäten über Nord Stream 2“, sagte Seele.

Mögliche Sanktionen der USA gegen Nord Stream 2 seien „extrem gefährlich“ für die

europäischen Partner von Gazprom, die an diesem Projekt beteiligt sind, sagte Reiner Hartmann, Geschäftsführer des deutschen Energiekonzerns Uniper, im Gespräch mit Sputnik am Rande einer Konferenz der Assoziation des Europäischen Business (AEB) in Moskau. „Das ist eine sehr kritische Situation, die wir genau beobachten müssen. Die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Russland im Energiebereich - das ist eine gegenseitige Abhängigkeit“, so Hartmann. Seinen Worten zufolge hoffe das Unternehmen, dass die Regierung und die Europäische Kommission die Situation mit den USA diskutieren würden. Russlands Präsident Wladimir Putin sagte, als er im Januar in Moskau mit Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Presse trat, er hoffe, dass „die Arbeit bis Ende des laufenden Jahres oder im ersten Quartal des kommenden Jahres abgeschlossen und die Gasleitung in Betrieb genommen wird“.

Wird Pipeline-Bau 2020 vollendet?

Laut dem Energiesicherheitsexperten Stanislaw Mitrachowitsch sind diese Fristen realistisch. Derzeit laufen Verhandlungen zwischen Gazprom und der dänischen Seite, um den Verlegeschiffen „Fortuna“ und „Defender“, die Gazprom hat, eine Arbeitserlaubnis zu erteilen. Dazu müssen die Schiffe mit einem dynamischen Ortungssystem ausgestattet sein oder in technologischer Verbindung mit anderen Schiffen arbeiten.

„Eine solche Variante ist möglich, aber es ist erforderlich, dass Dänemark eine entsprechende Genehmigung erteilt. Dänemark hat Verhandlungen mit der Nord Stream 2 AG aufgenommen, es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass sich die Verhandlungen erneut verzögern, wie dies bei der Genehmigung zum Bau der Pipeline in der dänischen Wirtschaftszone der Fall war. Wenn die Genehmigung im März erteilt wird, können die Arbeiten im Herbst abgeschlossen werden. Wenn die Verhandlungen ausbleiben, muss das Schiff „Akademik Cherskiy“ die Fahrt aus dem Fernen Osten zur Ostsee unternehmen“, so der Experte.

Der Politikwissenschaftler Dmitri Drobnitski bezeichnete Washingtons Vorgehen als durchaus erwartet. Für die Vereinigten Staaten sei die Ausweitung der nationalen Gesetzgebung auf andere Länder nicht das erste Mal. Allerdings habe dies die Bündnispartner, europäische Länder, bisher nicht berührt.

Im Dezember 2019 verhängten die USA Sanktionen gegen Unternehmen, die am Bau von Nord Stream 2 und Turkish Stream beteiligt waren. Nach dem Inkrafttreten der Sanktionen hat das Schweizer Unternehmen Allseas seine Teilnahme an dem Projekt eingestellt. Es sei unwahrscheinlich, dass US-Beschränkungen die Fertigstellung der Gaspipeline verhindern. Sie könnten sich jedoch äußerst negativ auf die europäischen Partner auswirken, hieß es in der Erklärung des Verbandes der europäischen Unternehmen in Russland „Die Europäische Union muss selbst ihre Energiepolitik und ihre Handelsbeziehungen festlegen.“ Es sei heute schwer zu sagen, wie die Sanktionen gegen europäische Abnehmer funktionieren würden, zumal die Amerikaner selbst russisches Gas gekauft und über SWAP nach Europa geliefert hätten, fährt Dmitri Drobnitski fort.

„Für russische Energieprojekte ist dies kaum ein ernstes Problem, aber die Gasverbraucher in Europa könnten darunter leiden. Russland hat jedoch seine Lehre aus all dem gezogen: sich bei nationalen Projekten auf eine breite internationale Zusammenarbeit zu verlassen, lohnt sich nicht“, so der Politikwissenschaftler.

150 km sind bis zum Rohrausgang an der deutschen Küste geblieben. Aus diesem Grund seien die deutschen Behörden der Ansicht, dass die Fertigstellung noch in angemessener Zeit erfolgen könnte, und unterstützen das Projekt weiterhin, so das „Handelsblatt“. Der Gesprächspartner der Ausgabe unter deutschen Diplomaten bestätigte, dass Berlin weiterhin darum kämpfe, dass der Bau von Nord Stream 2 „nicht mehr verzögert“ wird.

Das Nord Stream 2-Projekt umfasst den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern pro Jahr von der russischen Küste durch die Ostsee nach Deutschland. Die Leitung verläuft in den Territorialgewässern von Deutschland, Dänemark, Schweden, Finnland und Russland und kostet rund zehn Milliarden Euro. Sie wird

je zur Hälfte vom russischen Energieriesen Gazprom und den fünf europäischen Unternehmen OMV, Wintershall Dea, Engie, Uniper und Shell finanziert.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32643/57/326435795.jpg>

**Mil-Inr.info: Pressekonferenz des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR
Hauptmann Ja. A. Osadtschij über Situation an der Kontaktlinie vom 25. Januar bis 31.
Januar 2020**

Guten Tag! Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der BFU festgestellt.

In der letzten Woche haben die BFU achtmal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

Dabei wurden **fünf Ortschaften der Republik beschossen.**

Infolge der Aggression der ukrainischen Kämpfer wurde **ein Soldat der Volksmiliz verletzt.**

Außerdem wurden ein Wirtschaftsgebäude eines Wohnhauses in Beresowskoje in der Kamyschewacha-Straße 54 sowie eine Stromleitung beschädigt.

Die Materialien zum Beschuss von Ortschaften wurden an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die Kommandeure der 93. und der 59. Brigade Bryshinskij und Schapowalow hinzuzufügen.

Die BFU beschießen zielgerichtet Ortschaften der Republik, in denen sich keine

Einheiten der Volksmiliz befinden oder befanden, zerstören Häuser der örtlichen

Bevölkerung und Infrastrukturobjekte. Wenn sie die Zielkoordinaten an die Artillerieschwadronen übergeben, wissen die Kriegsverbrecher gut, wohin ihre Geschosse

gehen, aber die Überzeugung von der eigenen Straflosigkeit und der schweigenden Zustimmung der derzeitigen Kiewer Regierung erlaubt es ihnen, die Vernichtung des Volkes des Donbass fortzusetzen.

Der Gegner nutzt weiter den Waffenstillstand zur Konzentration von Waffen und Militärtechnik in der Zone der Strafoperation.

Zur Stationierung von Militärtechnik nutzen die Besatzer Objekte der zivilen Infrastruktur und gefährden so zivile Einwohner.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung die Stationierung von fünf Schützenpanzerwagen der 72. Brigade in der Nähe von Wohnhäusern in Solotoje und Katerinowka festgestellt.

Kämpfer der 46. Brigade haben in Makarowo und Stschastje bei Wohnhäusern drei Panzertransporter und zwei gepanzerte Aufklärungs- und Spähfahrzeuge stationiert. Ein weiteres gepanzertes Fahrzeug wurde in Malinowo stationiert.

Außerdem wurde die Stationierung von Waffen und Militärtechnik der 93. Brigade des Verbrechers Bryshinskij entdeckt: ein Schützenpanzer im Hof eines Wohnhauses in

Trjebischjonka, vier Schützenpanzer in Wohngebieten von Orechowo und drei weitere Stück

Panzertechnik im Gebiet von Nowotoschkoskoje.

Da sie um das Leben der Bevölkerung dieser Ortschaften fürchten, haben die Leiter der Verwaltung dieser Ortschaften sich an den Kommandeur der 93. Brigade Bryshinskij mit der Bitte gewandt, die Waffen und Militärtechnik aus den Wohngebieten abzuziehen, aber von Seiten des Brigadekommandos wurden keinerlei Maßnahmen ergriffen.

Um die Entdeckung der Technik zu verhindern, schafften die Einheiten der ukrainischen Verbrecher weiter **Hindernisse für die Funktion der OSZE-Drohnen**, die über von den BFU kontrollierten Territorien fliegen.

Am 1. Februar haben Kämpfer der 93. Brigade im Gebiet von Orechowo im Popasnaja-Bezirk die **Leitungskanäle einer Drohne** der Mission mit einer Station der elektronischen Kriegführung Bukowel-AD einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegführung **unterdrückt**. Die OSZE war gezwungen, die Beobachtung des von den ukrainischen Einheiten besetzten Territoriums einzustellen und die Drohne zu landen.

Außerdem wurde von den Positionen der 46. Luftsturmbrigade eine **Drohne der OSZE beschossen**, die einen Flug über dem Gebiet von Staniza Luganskaja unternahm.

Der Gegner hat seinerseits die Drohnenflüge entlang der Kontaktlinie aktiviert.

Wir versichern dem ukrainischen Kommando die Nutzlosigkeit dieser Maßnahmen, weil alle rechtswidrigen Handlungen von unseren Soldaten unterbunden werden.

Allein seit Beginn dieses Jahres wurden durch koordinierte Handlungen der Luftabwehreinheiten in Zusammenarbeit mit einem Komplex der elektronischen Kriegführung „Triton 2M1“ im Verantwortungsbereich der Volksmiliz **fünf Drohnen abgeschossen**, die versuchten die Kontaktlinie zu überfliegen, um Aufklärung und Leitung des Artilleriefeuers der ukrainischen Streitkräfte durchzuführen.....

Infolge der unsachkundigen und inkompetenten Arbeit der Kommandeure betrogen die **Verluste in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ in der letzten Woche vier Tote und fünf schwer Verletzte. ...**

Außerdem stellen wir weiter fest, dass die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte das von ihnen kontrollierte Territorium verminen.

So wurden in der letzten Woche von unserer Aufklärung technische Arbeiten des Gegners zur Installierung von Minen auf von ihnen kontrolliertem Territorium festgestellt. Die Unterstellten von Bryshinskij haben mehr als hundert Antipanzuerminen in der Nähe von Orechowo installiert. Außerdem wurden Gebiete bei Solotoje und Nowotoschkoskoje vermint. ...

Die ukrainischen Streitkräfte nutzen auch vornehmlich Antipersonenminen PMN-2 sowie Minen des Typs MON und OSM. Dies widerspricht nicht nur dem Vertrag von Ottawa und der internationalen Konvention über das Verbot von Antipersonenminen, sondern auch dem Gesetz der Ukraine „Über Antiminenaktivitäten“, das am 25.1.19 in Kraft getreten ist.

Nach Informationen ein Quelle betragen die **nicht kampfbedingten Verluste der ukrainischen Streitkräfte seit Juni 2019 213 Tote**, davon 78 Selbstmorde (58 davon in der OOS-Zone). Weitere 65 ukrainische Soldaten starben durch eigene Minen, 30 starben durch Verletzung von Sicherheitsbestimmungen beim Umgang mit Waffen und Munition, 23 durch Verkehrsunfälle, 17 Morde erfolgten infolge von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen

Am 2. Februar **erhielten bei einer Besprechung der Ergebnisse der Gruppierung der vereinigten Kräfte eine Reihe von Funktionsträgern disziplinarische Verweise** wegen geringer Effektivität, Verheimlichung von nicht kampfbedingten Verlusten sowie zahlreichen Fällen des Diebstahls von militärischem Eigentum.

Eine Verwarnung erhielt der Leiter des Stabs der 46. Luftsturmbrigade Oberstleutnant Skred. Die Kommandeure Kotenko, Bogomolow und Bryshinskij erhielten jeweils einen „strengen Verweis“. Der Kommandeur der 59. Brigade Schapowalow muss vor einer Attestierungskommission erscheinen, um festzustellen, ob er seine Funktion ausfüllen kann,

im Zusammenhang damit, dass das ihm unterstellte 11. Panzergrenadierbataillon an einem Verkehrsunfall am 3. Februar im Gebiet von Troizkoje beteiligt war. Durch die Schuld eines Soldaten, der einen Ural-Lastwagen in betrunkenem Zustand steuerte, starb eine örtliche Einwohnerin, 1958 geb., die die Straße an einem Fußgängerüberweg überquerte. Der Beschuldigte ist inzwischen festgenommen und es erfolgen Ermittlungsmaßnahmen. Trotz der Bestrebungen des ukrainischen Militärkommandos die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen zu verzögern, **setzen die technischen Einheiten der Volksmiliz die Arbeit zur Entminung von Örtlichkeiten von explosiven Objekten fort**, die die ukrainischen Truppen auf unserem Territorium hinterlassen haben.

In der letzten Woche wurden sieben km Eisenbahngleise in den Gebieten von Frunse, Choroscheje und Simogorje gesäubert.

Zur Vermeidung von Unfällen lenke ich die Aufmerksamkeit der Einwohner der Republik auf die Notwendigkeit, äußerst wachsam zu sein. Beim Entdecken von Objekten, die wie nicht detonierte Geschosse oder Sprengeinrichtungen wirken, benachrichtigen Sie die nächste Abteilung einer Militärkommandantur oder des Zivilschutzministeriums.

In der letzten Woche haben Soldaten der Volksmiliz eine **humanitäre Aktion zur Lieferung von Lebensmitteln und Gegenständen des dringenden Bedarfs an Einwohner des frontnahen Perwomajsk** durchgeführt. Der Bevölkerung wurden mehr als vier Tonnen humanitäre Güter übergeben.

de.sputniknews.com: **Terror-Helfer des "IS" im Irak festgenommen**

Die Militäraufklärung des Iraks hat einen Terroristen festgenommen, der Familien von Terrorkämpfern des „Islamischen Staates“ aus dem Flüchtlingslager al-Haul im Nordsyrien in den Irak geschleust hat. Dies ist einer Erklärung des operativen Stabs des irakischen Streitkräftekommandos in der Provinz Nenava zu entnehmen.

„Die Einheiten der Militäraufklärung des operativen Stabs des Streitkräftekommandos des Iraks haben in der Provinz Nenava (...) einen Terroristen festgenommen, der Familien von ‚IS‘-Milizen aus dem Flüchtlingslager al-Haul nach Nenava und dann in die Provinz Anbar geschleust hat“, heißt es in der Erklärung.

Al-Haul ist das größte Flüchtlingslager auf dem von den USA kontrollierten Territorium im Nordosten Syriens in der Provinz Hasaka. Nach der vorhandenen Information leben im Lager etwa 70.000 Menschen - die Hälfte davon sind Kinder.

Der Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte, Waleri Gerassimow, hatte im Dezember eine kritische Situation wegen der Überfüllung, der schwierigen sanitärhygienischen und epidemiologischen Lage und des Mangels an Arzneimitteln gemeldet. Dies alles führe zum ständigen Wachstum der sozialen, interethnischen und interreligiösen Spannungen unter den Lagereinwohnern, was ihre Radikalisierung fördere, betonte Gerassimow.

Wpered.su: **Donezker Kommunisten erfüllten die Bitte Moskauer Genossen**

Am 30. Januar berichtete „Wperjod“ davon, dass das Mitglied der KPRF aus Moskau Ljudmila Kirilowa und ihr Enkel Wasja den ersten Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow baten, ein Geschenk, eine Kindereisenbahn, an den Jungen Wasja aus der DVR, dessen Vater bei der Verteidigung der Donezker Volksrepublik starb, zu übergeben.

Die Kommunisten der DVR machten die Familie des gefallenen Verteidigers der Republik Roman Belenko ausfindig. Boris Litwinow und die Leiterin der Organisationsabteilung des ZK der KP der DVR Sabina Shiwotowskaja besuchten die Familie Belenko und erfüllten ihre Versprechen. Wasja Belenko erhielt das Geschenk aus Moskau sowie ein Päckchen mit Süßigkeiten und Obst.

Natalja Belenka, die Frau des Gefallenen, erzählte, dass der Staats sich um die Familie kümmert. Für die Kinder, es sind vier, werden regelmäßig Unterstützungen gezahlt. Für den gefallenen Mann und Vater erhält die Familie eine Rente. Auch ehemalige Kameraden aus der

Ersten Slawjansker Brigade unterstützen die Familie. Die Hilfe vom Staat und von Freunden erlaubt es, wüdische Bürger unseres Landes zu erziehen. Die älteste, Walerija, 18 Jahre, schließt das Technikum mit Auszeichnung ab, sie träumt davon Lehrerin zu werden. Die 12jährige Olja und die 8jährige Anja haben in der Schule gute Erfolge, sie tanzen im bekannten Kinderensemble „Panair“. Sie sind schon auf großen Bühnen in der DVR und sogar in Russland aufgetreten. Die Mädchen helfen der Mutter, den kleinen Wasja aufzuziehen. Der freute sich über das Geschenk.

Boris Litwinow brachte die Familien Kirilow aus Moskau und Belenko aus Donezko telefonisch in Verbindung. Natalja und ihr Sohn Wasja dankten Ljudmila Kirilowa und ihrem Enkel für die Geschenke und wünschten Gutes und Glück.

deutsch.rt.com: **Pompeo in Kiew: Krim ist verloren, Russland gibt nichts zurück**

In Kiew haben ukrainische Aktivisten den Außenminister Mike Pompeo um Hilfe zur Einberufung einer großen internationalen Krim-Konferenz gebeten. Als Antwort gab er ihnen seine realistische Einschätzung der Situation des Konfliktes um die Halbinsel Krim.

US-Außenminister Mike Pompeo, der die Ukraine am 31. Januar besuchte, sagte bei einem nichtöffentlichen Treffen in Kiew, dass die Krim für die Ukraine für immer verloren sei.

Wie die ukrainische Internet-Zeitschrift Nowoje Wremja (NW) herausfand, äußerte Pompeo diese Position bei einem Treffen mit dem Chef der US-Außenhandelskammer, Vertretern der Antikorruptionsbehörden und der krimtatarischen Aktivistin Emina Japarowa. Emina Japarowa bat dort den US-Chefdiplomaten, "die Krim im Blickfeld der US-Außenpolitik" zu behalten und bei der Organisation einer Konferenz über die Krim-Frage in der amerikanischen Hauptstadt zu helfen. Mike Pompeo sagte daraufhin, dass das Thema Krim abgeschlossen sei.

„Er sagte, dass die Krim verloren sei und alle Akteure auf der Welt das sehr wohl wissen. Die Krim ist verloren und würde niemals der Ukraine zurückgegeben werden, Russland sei kein Land, dem man etwas wegnehmen kann", berichtete die Generalsekretärin des Unabhängigen Ausschusses zur Korruptionsbekämpfung Elena Tregub der NW.

Die Krim wurde ihr zufolge in dem Gespräch erstmals thematisiert, als es vor allem darum ging, ob und wie man das Thema Krim auf der Agenda der internationalen Politik halten könne. Mike Pompeo twitterte zwar auch selbst über das Treffen, legte dabei aber keine Einzelheiten des Gespräches offen.

Die nun verbreitete Meldung rief erwartungsgemäß ein großes Echo sowohl in den russischen als auch in den ukrainischen Medien hervor, eine offizielle Reaktion der ukrainischen Regierung liegt jedoch bislang nicht vor.

Der Krim-Abgeordnete des russischen Staatsduma Ruslan Balbeck begrüßte den Realitätssinn des US-Politikers: "Ohne Zweifel, diese Worte sind für das offizielle Kiew ein Schock: Unterstützung wird es wohl geben, aber sie wird herzlos bleiben. Die Krim hat sich nicht nur vom ukrainischen Festland gelöst, sondern sie dockte richtiggehend ab und verschwand hinter dem Horizont."

Der russische Experte Andrej Monojlo, Professor für Politikwissenschaften an der Moskauer Staatlichen Universität, warnt jedoch von Schnellschüssen bei der Bewertung der Pompeo-Aussage. Es gebe keinen sonstigen Beweis, dass Pompeo dies tatsächlich so wie berichtet gesagt hat. Das könnte auch eine Äußerung sein, die übereilt gemacht wurde, bewusst anstößig und nur im Eifer des Gefechts.

Im Grunde sei den US-Amerikanern die Krim egal, sie werden Russland für die Krim-Geschichte weiterhin sanktionieren, weil Russland mit ihnen in der Krim-Frage nichts beraten hat, so meint der Experte weiter. Für diese Selbstbestimmtheit solle Russland nun auch weiter bestraft werden. Der Beitritt der Halbinsel zur Russischen Föderation sei ein perfekter Vorwand für Sanktionen, die noch auf lange Zeit als Druckmittel dienen könnten. Ebenso hätten die USA jetzt Russland auch für die Erderwärmung sanktionieren können, sagte

Manojlo zu RT.

„Die Anerkennung der Krim als Teil der Russischen Föderation kann man nur erzwingen oder als Preis in einem komplizierten geopolitischen Spiel gewinnen, bei dem der Einsatz den Preis der Frage um ein Vielfaches übersteigen wird. Ich glaube, dass die Anerkennung der Krim mit der Zeit jedoch unausweichlich wird“, so Manojlo.

Der ständige Vertreter des ukrainischen Präsidenten auf der Krim Anton Korinjewitsch sagte in einem Interview, dass die Ukraine derzeit nicht in der Lage sei, die Krim nach einem "Rückzug Russlands" überhaupt in ihr Staatsgebiet zu integrieren. Es sei unklar, wie die lokale Verwaltung, die behördlichen und sicherheitspolitischen Zuständigkeiten funktionieren würden, sollte bezüglich der Krim "dieses Signal" kommen.

„So wie damit jetzt aussieht, haben wir noch viel zu tun“, sagte Korinjewitsch.

In Russland wird diese Einschätzung von einigen Experten als unmittelbare Folge der angeblichen Äußerungen von Pompeo gewertet.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2020.02/article/5e3d49d2b480cc70681acba9.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **EU zu Nahostregelung: Rechtsrahmen darf nicht überschritten werden**

Die EU ist laut dem Pressesprecher der EU-Kommission, Peter Stano, der Ansicht, dass die palästinensisch-israelische Regelung durch direkte Verhandlungen beider Länder im Rahmen des Völkerrechts zu vollziehen sei. Dies geht aus seinem Kommentar zu dem von US-Präsident Donald Trump vorgeschlagenen Plan zur Friedenserzielung im Nahost hervor. Zuvor hatte der EU-Chefdiplomat Josep Borrell erklärt, dass die US-Initiative zur palästinensisch-israelischen Regelung nicht den von der internationalen Gemeinschaft vereinbarten Parametern entspreche, und warnt, dass die Annexion der besetzten Territorien auf dem Westufer des Jordanflusses „nicht ohne Antwort bleibt“.

„Dies war keine Kritik gegen die eine oder die andere Seite, diese Erklärung stellt die bekannte Position der EU dar. Um die Lösung dieses Problems zu erzielen, sind direkte Verhandlungen beider Seiten erforderlich – der israelischen und der palästinensischen, es ist zudem nötig, das Völkerrecht einzuhalten“, sagte Stano bei einer Pressekonferenz in Brüssel. Die seitens des israelischen Außenministeriums geäußerte Kritik an der Erklärung von Borrell hat er dabei nicht kommentiert.

„Wir kommentieren nicht Anmerkungen oder Interpretationen unserer Position. Unsere Position ist klar, sie ist in der Erklärung dargelegt“, so der EU-Sprecher.

Zuvor hatte der US-Präsident Donald Trump einen Plan für die friedliche Regelung des palästinensisch-israelischen Konfliktes vorgelegt, der von der Öffentlichkeit und den Medien als „Jahrhundertdeal“ bezeichnet wurde. Der 80-Seiten-Plan sieht die Gründung zweier unabhängiger Staaten vor – darunter eines palästinensischen mit der Hauptstadt in einem Teil Ostjerusalems, wo die Territorien auf dem Jordan-Westufer und im Gazastreifen miteinander durch Brücken verbunden werden, sowie die Gewährung finanzieller Hilfe für Palästina, um den Staat zu gründen. Trump hatte auf Twitter eine Landkarte mit der Darstellung des zukünftigen palästinensischen Staates gepostet und sie auf Arabisch unterschrieben: „So kann der zukünftige Staat Palästina mit der Hauptstadt in einigen Teilen Ostjerusalems aussehen.“ Palästinenser und eine Reihe arabischer Länder hatten diesen Plan abgelehnt, da er ihrer Ansicht nach den Palästinensern das Recht auf jene Territorien nehme, die durch die Uno-Resolutionen vorgesehen seien.

mil-Info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR zum Beschuss des Territoriums der LVR, Verletzung und Tod von Soldaten der Volksmiliz der LVR

Trotz der Wahlkampfklärungen Selenskijs über sein Streben nach einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass setzten die bewaffneten Formationen der Ukraine die Provokationen unter Einsatz von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen fort. Heute haben Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte unter Führung des Kriegsverbrechers Bryshinskij mit 122mm-Artilleriesystemen **Solotoje-5** und die **Positionen der Volksmiliz der LVR** beschossen.

Nach Angaben unserer Aufklärung sind die unmittelbar Ausführenden dieser Provokation bekannt – der Kommandeur der 2. Abteilung der 44. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte Oberstleutnant R.W. Grus sowie eine Artilleriemannschaft bestehend aus dem Geschützkommandeur D.S. Buntschuk, geb. 1998, dem leitenden Richtschützen W.A. Tschaban und dem Besatzungsmitglied G.W. Kutscherenko.

Außerdem hat eine **Luftabwehreinheit der Volksmiliz während des Beschusses eine Drohne des Gegners vernichtet**, mit deren Hilfe die Feuerleitung erfolgte.

Infolge des Beschusses **starben vier Verteidiger der Republik, weitere vier wurden unterschiedlich schwer verletzt**.

Das Kommando der Volksmiliz der LVR bringt den Familien und Freunde der Gefallenen gegenüber sein aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Die verletzten Soldaten sind inzwischen in medizinischen Einrichtungen der Republik, sie erhalten qualifizierte ärztliche Behandlung.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die Materialien zu dem Beschuss wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der LVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen die beteiligten Personen hinzuzufügen. Kein einziger Verbrecher wird unbestraft bleiben.

de.sputniknews.com: BRICS-Entwicklungsbank investiert weitere zwei Milliarden US-Dollar in Russland

Die vom Länderclub BRICS gegründete Neue Entwicklungsbank wird demnächst weitere zwei Milliarden US-Dollar in Russland investieren. Wie Bank-Präsident Kundapur Vaman Kamath am Freitag RIA Novosti mitteilte, werden die von der Bank akkumulierten Investitionen in Russland auf 4,7 Milliarden US-Dollar steigen.

Kamath erinnerte an ein von Russlands Regierungschef Michail Mischustin angekündigtes groß angelegtes Paket von Maßnahmen zur Stimulierung der russischen Wirtschaft und sagte:

„Wir sind sicher, dass die Realisierung dieser Vorschläge das Wirtschaftswachstum beschleunigen und noch mehr Investitionen nach Russland locken wird. Die Neue Entwicklungsbank wird die Regierung Russlands bei der Umsetzung ökonomischer Programme fördern und große Infrastrukturprojekte gemeinsam mit russischen Partnern finanzieren.“

BRICS-Länderclub

Zur BRICS-Gruppe gehören Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Russland als Vorsitzender der Gruppe (seit dem 1. Januar 2020) hat den Ausbau des Potenzials der Entwicklungsbank als eines der Ziele angekündigt. Plänen zufolge wollen die Partnerländer das Eigenkapital der Bank zum Jahr 2021 auf rund 23 Milliarden US-Dollar aufstocken. Kamath zufolge bereitet das Geldinstitut die Emission von Anleihen in nationalen Währungen der Teilnehmerländer vor. Demnächst solle in Moskau ein russisches Büro der Bank eröffnet werden.

Entwicklungsbank der BRICS

Die Neue Entwicklungsbank wurde im Juli 2014 bei einem BRICS-Gipfel im brasilianischen Fortaleza gegründet. Zuvor hatten die Mitgliedsländer ein dahin gehendes Regierungsabkommen unterzeichnet.

Die Bank ist auf die Finanzierung von Infrastruktur- und sonstigen Förderprojekten in den BRICS- und anderen Entwicklungsländern spezialisiert. Das Geldinstitut verwaltet Aktiva im Wert von rund 100 Milliarden US-Dollar.

de.sputniknews.com: Gedenken in Peenemünde – Die Rotarmisten, die im Heinkel-Bomber Nazideutschland entkamen

Am Sonnabend findet in Peenemünde auf der Insel Usedom eine Zeremonie zu Gedenken des 75. Jahrestages der Flucht sowjetischer Kriegsgefangener statt. Die Gruppe floh aus einem Konzentrationslager in Richtung Heimat – in einem gekaperten deutschen Bomber Heinkel He 111.

Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs flohen Häftling Michail Dewjatajew und neun seiner sowjetischen Kameraden aus dem KZ-Außenlager Karlshagen I, einem Teil der Erprobungsstelle der Luftwaffe Peenemünde-West. Sie kaperten einen deutschen Bomber und flogen damit in die Heimat.

Flucht aus dem KZ

Dewjatajew war Kampfflieger der Roten Armee. Im Juli 1944 bei Lwow abgeschossen wurde er schwer verwundet gefangen genommen. Zunächst im KZ Klein-Königsberg in der Nähe von Łódź gefangen gehalten, grub Leutnant Dewjatajew mit Mitgefangenen einen Fluchttunnel. Die geplante Flucht scheitert – über das KZ Sachsenhausen gelangte er schließlich im November in das zur Erprobungsstelle der Luftwaffe Peenemünde-West gehörende KZ-Arbeitslager Karlshagen I bei Peenemünde. Am 8. Februar 1945 bekam er mit neun weiteren sowjetischen KZ-Häftlingen die Aufgabe, mehrere Bomber vom Typ Heinkel He 111 mit großen Tarnnetzen abzudecken. Dabei gelang es Ihnen, den abgestellten Wachmann zu überwältigen und eine He 111 zu kapern, in der sie Richtung Südost flogen und schließlich die Frontlinie passierten.

Der Bomber und die Raketen

Dies war der einzige erfolgreiche Fluchtversuch von Zwangsarbeitern aus den Peenemünder Versuchsanstalten, wo neuartige Fernwaffen wie die Flugbombe Fi 103 („V1“) und die Rakete Aggregat 4 („V2“) entwickelt und getestet wurden. Das Flugzeug landete auf sowjetischem Gebiet. Zunächst hatte der militärische Nachrichtendienst SMERSch die Darstellung Dewjatajews zu den Fluchtumständen angezweifelt, den Leutnant der Kollaboration bezichtigt und inhaftiert.

Der entführte Bomber war mit modernsten Gerätschaften ausgestattet. Sowjetische Wissenschaftler unter der Leitung von Sergej Koroljow sollen so durch die gekaperte Technik

sowie die Angaben der Gruppe einen Einblick in die Entwicklungen Werner von Brauns bekommen haben. Im Jahr 1947 wurde die restaurierte V2 in der UdSSR getestet, 1948 schließlich die erste sowjetische Rakete erbaut. Für seinen Beitrag zur sowjetischen Raketenindustrie erhielt Michail Dewjatajew im Jahr 1957 den Orden „Held der Sowjetunion“.

Gedenken in Peenemünde

Das Historisch Technische Museum (HTM) Peenemünde und die russische Alexander-Pechersky-Stiftung wollen der spektakulären Flucht gedenken, die sich am 8. Februar 2020 zum 75. Mal jährt, heißt es aus dem Museum. Neben Dewjatajews Sohn Alexander wird der russische Botschafter Sergej Netschajew zur Kranzniederlegung am Gedenkstein im Freigelände des Museums erwartet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32643/33/326433310.jpg>

de.sputniknews.com: US-Whistleblower Snowden beantragt längeren Aufenthalt in Russland – Anwalt

Der US-Whistleblower Edward Snowden will seinen Aufenthalt in Russland nach Angaben seines Moskauer Anwalts verlängern. „Auf Bitten Edwards bereite ich die Dokumente für den Migrationsdienst des Innenministeriums vor“, teilte der Anwalt Anatoli Kutscherena am Freitag nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur mit.

Snowdens aktuelle Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis laufe im April dieses Jahres aus. Zuvor hatte Snowden den Wunsch bekundet, Asyl in einem EU-Land zu beantragen. Das Echo dort war aber geteilt.

NSA-Abhöraktivitäten publik gemacht

2013 hatte Snowden Dokumente zu Ausspäh-Aktivitäten des US-Abhördienstes NSA und seines britischen Gegenparts GCHQ an Journalisten gegeben. Auf der Flucht über Hongkong wollte er nach eigenen Angaben nach Ecuador, strandete aber am Moskauer Flughafen, nachdem die US-Regierung seinen Reisepass annulliert hatte. Nach tagelangem Aufenthalt in der internationalen Zone des Flughafens bekam Snowden Asyl in Russland, das darauf mehrmals verlängert wurde.

Anwalt: Snowden geht es gut

„Bei ihm ist alles in Ordnung. Er arbeitet. Seine Frau ist bei ihm“, sagte Kutscherena. Ob Snowden russischer Staatsbürger werden wolle, wisse der Anwalt nicht. Snowdens Aufenthaltsort werde geheim gehalten.

Der dpa zufolge gab Snowden im vergangenen Jahr mehrere Interviews zur Veröffentlichung seiner Autobiografie „Permanent Record: Meine Geschichte“. Die US-Regierung wirft ihm vor, er habe jeweils drei Geheimhaltungsvereinbarungen mit den Geheimdiensten CIA und NSA unterschrieben. Sie erhebt daher Anspruch auf die Erlöse aus dem Buch.